

veröffentlicht wurde, kommt der IMF zu dem Schluss, dass trotz vielfältiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen die von der chinesischen Regierung angestrebte „weiche Landung“ der konjunkturellen Entwicklung noch nicht gesichert sei: „A crucial short-term concern is that despite the recent indications of modernation in the fast pace of investment and economic growth, a soft landing of the economy is not yet assured.“ (<http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0499.htm>) Um dieser Herausforderung zu begegnen und gleichzeitig die Stabilität des Finanzsystems aufrechtzuerhalten und die außenwirtschaftliche Integration fortzusetzen, müsse China eine vorsichtige gesamtwirtschaftliche Politik sowie beschleunigte Strukturreformen in Schlüsselbereichen durchführen. Hierzu zählt der IMF den Bankensektor, die Staatsunternehmen und den Arbeitsmarkt. Der Umfang und die zeitliche Abfolge der verschiedenen Maßnahmen in diesen Bereichen habe einen entscheidenden Einfluss auf die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven. -schü-

fiziert, sondern auch sechs Journalisten verhaftet. Vier von ihnen wurden gegen Kautions wieder freigelassen, zwei weitere nur mit der Auflage, nicht in die Untersuchungen der ICAC einzugreifen.

Während die ICAC die Namen der Verlagshäuser nicht preisgab, veröffentlichten die betroffenen Zeitungen Details auf der ersten Seite ihrer Sonntagsausgaben. Demnach handelte es sich um die *South China Morning Post*, die *Apple Daily*, die *Oriental Daily News*, die *Sun*, das *Hongkong Economic Journal*, die *Sing Tao Daily* und die Beijing-freundliche *Ta Kung Pao*.

Die Sprecherin der ICAC, Valentina Chan, und auch der Verantwortliche für die Durchsuchungen, Daniel Li, gaben bekannt, dass die Kommission legal gehandelt habe und sogar einen Durchsuchungsbefehl vom Obersten Gerichtshof (High Court) vorweisen könne. Somit hätte die ICAC die Berechtigung erhalten, die Zeitungsbüros nach belastendem Material zu durchsuchen.

Das Vorgehen der ICAC führte in Hongkong zu kontroversen Reaktionen der Medien und den Parteien einerseits und auf Regierungsseite andererseits. So verurteilte der eigentlich konservative Hongkonger Zeitungsverband das Vorgehen der ICAC dahingehend, dass sie auf diesem Weg Informationen zur strafrechtlichen Verfolgung einer dritten Partei erhalten wollte. Die *South China Morning Post* beschuldigte die ICAC, zu radikal vorgegangen zu sein. Sowohl das demokratische Lager als auch die Beijing-freundliche Partei Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) sowie Medien, Politiker, Rechtsexperten und Menschenrechtsorganisationen werteten das Vorgehen als einen Angriff auf die Pressefreiheit. Die DAB und die Democratic Party verlangten von Regierungsseite eine Aufklärung des Falles. Auch der Regierungschef Tung Chee-hwa geriet in die Kritik, weil er von den Razzien im Vorfeld unterrichtet gewesen sein soll, ohne etwas dagegen unternommen zu haben. Ferner riefen die Durchsuchungen internationalen Protest hervor. So drückten die USA ihre Bedenken aus und mahnten eine legale und angemessene Ermittlung durch

die ICAC an, was von einem Mitarbeiter des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong als Einmischung in innere Angelegenheiten beanstandet wurde.

Im Gegensatz dazu verteidigte die Regierungsseite das Vorgehen der ICAC. Justizministerin Elsie Leung unterstrich beispielsweise die Notwendigkeit für eine solche Durchsuchung, „um eine Balance zwischen dem Schutz der Pressefreiheit und der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit herzustellen“. Chief Secretary Donald Tsang sah die Pressefreiheit durch die Razzien ebenso wenig unterminiert.

Als Reaktion auf die Razzia reichte eine der betroffenen Zeitungen, die *Sing Tao Daily*, vier Tage nach dem Vorfall ein Gesuch beim High Court ein, den Durchsuchungsbefehl zurückzuziehen. Die Zeitung gewann den Rechtsstreit. Am 10. August erklärte der High Court das Dokument für nichtig und ordnete die Rückgabe der von der ICAC konfiszierten Materialien an, womit die rechtliche Grundlage für die Durchsuchungen hinfällig wurde. Die ICAC entschied sich daraufhin, Protest einzulegen.

In Hinblick auf die im September d.J. stattfindenden Wahlen zur Legislativversammlung gehen Analysten davon aus, dass das demokratische Lager die Durchsuchungen als Beweis für einen weiteren Fehltritt der unpopulären Tung-Administration nutzen werden und können. Des Weiteren wird der Vorfall als nachteilig für die Beijing-freundlichen Kandidaten der DAB und anderer Parteien angesehen. Was den Vorwurf der Erosion der Pressefreiheit angeht, so reiht sich dieser Vorfall in eine Reihe von Skandalen ein, die bereits seit Mai d.J. die Hongkonger Öffentlichkeit erschüttern.

Am 2. Mai war der Talkshow-Moderator des unabhängigen Rundfunksenders Commercial Radio Albert Cheng King-hon, der die wegen ihres freien politischen Diskussionsstils populäre Radio-Talkshow „Teacup In a Storm“ moderierte, zurückgetreten (ausführlicher auch zum Rücktritt seines Nachfolgers und weiterer Moderatoren vgl. C.a., 2004/5, Ü 30). Obwohl sein Vertrag erst 2008 ausgelaufen wäre, entschied sich Cheng nach seiner dreimonatigen Pause Ende Juli für die vorzei-

SVR Hongkong

27 Razzien in Verlagshäusern – Angriff auf die Pressefreiheit oder Wahrung der Rechtsstaatlichkeit?

Am 24. Juli 2004 wurden insgesamt sieben einflussreiche Zeitungsverlagshäuser Hongkongs Opfer einer Razzia durch die Independent Commission Against Corruption (ICAC), der Hongkonger Anti-Korruptionsbehörde. Hintergrund war die unrechtmäßige Veröffentlichung des Namens einer Zeugin des ICAC aus dem Zeugenschutzprogramm, eine Straftat, die mit bis zu 10 Jahren Haft bestraft werden kann. Die Zeugin war in eine Ermittlung wegen Korruption involviert, die zur Verhaftung von sechs Personen geführt hatte. Bei der Razzia kam es zur Befragung von Journalisten, zur Durchsuchung ihrer Büros und Computer sowie einer ihrer Privatwohnungen. In deren Folge wurden nicht nur belastende Materialien kon-

tige Auflösung des Vertrags und ging damit auf ein Angebot des Senders ein. Gleichzeitig trat er somit Gerüchten über eine mögliche Rückkehr zum Sender entgegen. Die Direktorin des Senders begrüßte seine Entscheidung und kündigte im gleichen Atemzug eine Änderung des Radioprogramms an – zuungunsten seines pro-demokratischen Stils: „... the combative tone of Teacup In a Storm would be changed to one which is more rational.“ Ein überschwängliches Lob an den Sender für die Kündigung Chengs durch die festländische Nachrichtenagentur Xinhua heizte die Stimmung weiter auf und verstärkte den Verdacht, dass hinter der Kündigung und der Programmänderung nicht nur eine Diskrepanz zwischen dem Moderator und dem Sender, sondern politischer Druck steckte. Cheng gab am 3. August seine Kandidatur für die Parlamentswahlen auf Seiten des demokratischen Lagers bekannt, und erklärte außerdem, dass er im September zu seiner Radio-Talkshow „Teacup In a Storm“ zurückkehren wolle. Des Weiteren kündigte er eine Beschwerde bei der Hongkonger Anti-Korruptionsbehörde an. Denn der Sender habe ihn von der Kandidatur abhalten wollen, indem er ihm die Ausbezahlung seines Vertrages angeboten habe. Dies wird vom Sender allerdings bestritten.

Der Ausgang dieses Schlagabtausches bleibt abzuwarten. Allerdings tragen beide Vorfälle zur Steigerung des Interesses am Ausgang der Wahlen bei. Es kann davon ausgegangen werden, dass das demokratische Lager, das vehement für die Wahrung der Pressefreiheit eintritt und dem ohnehin gute Chancen für die Wahlen zur Legislativversammlung zugesprochen werden, von ihnen zusätzlich profitieren kann. (ST, 27., 28., 29., 31.7.04; RTHK Radio 3, 25., 26., 27., 28.7., 3., 10.8.04, nach BBC PF, 26., 27., 28., 29.7., 4., 11.8.04; WSJ, 25., 28.7., 10.8.04; CD, 11.8.04; SCMP, 2.8.04, nach BBC PF, 2.8.04; SCMP, 3., 12.8.04) -kw-

28 Defizite im Verantwortlichkeitssystem

Die Einführung des Ministerialsystems im Juni 2002 (vgl. C.a., 2002/4, Ü 37, 2002/6, Ü 30), welche den

größten institutionellen Eingriff in das politische System der Sonderverwaltungszone seit Übergabe 1997 darstellte, konnte nach einer jüngsten Einschätzung des Regierungschefs Tung Chee-hwa bis jetzt nicht zur vollständigen Lösung des Grundproblems des politischen Systems, das in der wechselseitigen Lähmung von Exekutive und Legislative gesehen wird (vgl. C.a., 2000/7, S.785-796, 2000/8, S.907-916, 2000/9, S.1048-1058), beitragen. Des Weiteren konnte das Ziel, den Verwaltungsapparat dazu zu befähigen, umfassend und schnell auf die Wünsche der Öffentlichkeit eingehen zu können, nicht erreicht werden.

Neben der bestehenden Defizite im Verantwortlichkeitssystem zeigen sich weiterhin Mängel in der Transparenz der Regierungsarbeit. Anlässlich des siebten Jahrestages der Rückgabe Hongkongs an die VR China am 1. Juli identifizierte Tung Chee-hwa in seiner Rede die Massenproteste im letzten Jahr als Ausdruck der Frustration des Volkes über die ökonomische Situation und der Unzufriedenheit mit der Verwaltung. Diese würde die Hongkonger Regierung dazu ermahnen, Verbesserungen bezüglich der Regierungsarbeit weiter voranzutreiben. An anderer Stelle benannte Tung Chee-hwa folgende Punkte, bei denen er Verbesserungsbedarf sehe, ohne jedoch näher auf sie einzugehen: mehr Unterstützung für Abgeordnete, Steigerung ihrer politischen Arbeit, Intensivierung der Unterstützung einzelner Bereiche innerhalb der Regierung, Intensivierung der Untersuchungen zur öffentlichen Ordnung, bessere Koordination von politischen Strategien und mehr Kooperation mit beratenden Gremien und dem Civil Service. Auch andere Regierungsvertreter wie Chief Secretary Donald Tsang, Financial Secretary Henry Tang und Home Affairs Secretary Patrick Ho räumten anlässlich des Rücktritts des Gesundheitsministers Yeoh Eng-kiong am 7. Juli (vgl. C.a., 2004/7, Ü 26) Mängel im Verantwortlichkeitssystem bzw. im Ministerialsystem ein. Seit Einführung des Systems war dies bereits der dritte Rücktritt eines Ministers der Tung-Regierung.

Bereits im Verlauf des Juli verstärkte die Hongkonger Regierung ihre Bemühungen. So wurde die Bedeutung des Internetengagements der Regie-

rung betont, die seit dem Amtsantritt Tung Chee-hwas 1997 die Etablierung einer „elektronischen Regierung“ (engl. E-Government) anstrebt, um so u.a. die operationale Effizienz und Transparenz und den Kundenservice zu verbessern (zur Einführung des Hongkonger E-Government vgl. C.a., 2003/10, S.1476-1484, 2004/1, S.48-58). Einen weiteren Schritt zur Steigerung der Transparenz stellt die Zustimmung des Hongkonger Parlaments am 7. Juli zur Änderung der seit 65 Jahren bestehenden Stadtplanungsverordnung (Town Planning Ordinance) dar. Ab Ende diesen Jahres soll demnach der Öffentlichkeit Zugang zu Anhörungen zur Stadtplanung gewährt werden. Die Entscheidungsfindung wird allerdings weiterhin unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Eine Vertreterin des demokratischen Lagers, die Abgeordnete Emily Lau (Frontier Party), begrüßte diesen Schritt und drückte die Hoffnung auf eine völlige Öffnung der Stadtplanungskommission für die Öffentlichkeit aus.

Ferner schlug die Regierung die Konstituierung eines 600-köpfigen konsultativen Forums für Angehörige der Mittelklasse vor, welches eine neue Plattform für Meinungsäußerungen von Geschäftsleuten und Akademikern über die politischen Strategien in Hongkong bieten soll. Nach einer Versendung der Strategiepapiere via E-mail sollen deren Meinungen über das Internet mittels Chatrooms gesammelt werden. Während Mitglieder der Demokratischen Partei die Etablierung eines solchen Forums für wirkungslos halten und vor der Kultivierung einer neuen politischen Elite warnen, besteht die Regierung auf seiner Notwendigkeit, da die Mittelklasse zu einer wichtigen Stimme für den Ruf nach sozialem Wandel und politischen Reformen geworden sei.

Die *South China Morning Post* kritisierte, dass trotz der Einräumung von Defiziten in diesem Jahr ein Bericht der Hongkonger Regierung zum Fortschreiten des Verantwortlichkeitssystems ausstehe. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Legislativversammlung scheint die Regierung das Feuer nicht weiter schüren zu wollen, da die Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung ihren Unmut über die Regierungsarbeit bereits anläss-

lich der Wahlen zu den Bezirksräten (District Councils) im November 2003 (vgl. C.a., 2003/11, Ü 22) kundgetan hatte, indem sie mehrheitlich die demokratischen Parteien wählte, und bei den Massenprotesten zum 1. Juli (vgl. C.a., 2004/7, Ü 25). (SCMP, 8., 13., 14., 19.7.04; RTHK Radio3, 1., 14., 15.7.04, nach BBC PF, 2., 15., 16.7.04; ST, 9., 15.7.04; XNA, 4.7.04) -kw-

29 Nominierung der Kandidaten für die Wahl zur Legislativversammlung

Die Liste der offiziell nominierten Kandidaten für die dritte Wahl zur Legislativversammlung (Legislative Council) seit dem Souveränitätswechsel am 12. September wurde am 13. August veröffentlicht.

Demnach handelt es sich um insgesamt 159 Kandidaten, wobei 88 von ihnen für 30 Direktwahl-Sitze in geographischen Wahlbezirken (*geographical constituencies*) kandidieren, 60 weitere kandidieren für 19 Sitze in 17 berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien (*functional constituencies*). 11 Kandidaten verfügen bereits vor den Wahlen über einen Sitz im Parlament, da sie ohne Gegenkandidaten antraten. Unter diesen 11 Kandidaten gehören drei der Liberal Party und zwei der Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong an, bei den restlichen sechs handelt es sich um unabhängige Kandidaten.

Um die 30 Direktwahl-Sitze konkurrieren in diesem Jahr 88 Kandidaten auf 35 Listen im Vergleich zu 88 Kandidaten auf 36 Listen bei der letzten Wahl im Jahr 2000. Der Konkurrenzkampf ist in den New Territories West, einem der fünf geographischen Wahlbezirke, besonders hart. Dort kämpfen 30 Kandidaten auf 13 verschiedenen Listen um acht Sitze. Dagegen sind es im Bezirk New Territories East nur 18 Kandidaten auf sechs Listen für sieben Sitze, auf Hong Kong Island 16 Bewerber auf sechs Listen für sechs Sitze, in Kowloon East 12 Kandidaten auf fünf Listen für fünf Sitze und in Kowloon West 14 Bewerber auf sieben Listen für vier Sitze. Wahlbeobachter sprachen folgenden fünf Kandidaten/-innen für ein Direktmandat bereits einen Monat vor der Wahl einen sicheren Sieg zu: in den New

Territories East den pro-demokratischen Kandidaten Emily Lau und Albert Cheng, auf Hongkong Island der pro-demokratischen Kandidatin Audrey Eu und der unabhängigen Rita Fan und in Kowloon East dem regierungsnahen Chan Yuen.

Die Kandidatur von Alex Ho von der Democratic Party in Kowloon East geriet jedoch ins Wanken, als seine Festnahme in Dongguan, einem Ort im Süden der VR China nahe der Grenze zu Hongkong, am 13. August bekannt wurde. Er wurde beschuldigt, die Dienste einer Prostituierten in Anspruch genommen zu haben. Zwar bestätigte das Justizministerium danach seine Kandidatur nochmals, es ist jedoch fraglich, ob er sein Amt trotzdem ausfüllen könnte, da ihm sechs Monate Umerziehung im Arbeitslager drohen.

Die Anzahl der Kandidaten in den berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien stieg mit 71 im Vergleich zur letzten Wahl im Jahr 2000 um 15. Analysten sehen in den Wahlkollegien bei dieser Wahl einen besonders harten Konkurrenzkampf voraus, da das demokratische Lager alles daran setze, seinen Einfluss zu stärken, um in der Legislativversammlung stärker vertreten zu sein. (XNA, 13.8.04; SCMP, 5., 17., 19.8.04, nach BBC PF, 6.8.04; SCMP, 10.8.04; IHT, 18.8.04; WSJ, 24.8.04; ST, 18.8.04; <http://www.info.gov.hk/gia/general/200408/24/0824180.htm>) -kw-

30 Probleme mit Englisch als Unterrichtssprache in den Schulen

Kritik hat die Ankündigung des Ministeriums für Schul- und Berufsbildung hervorgerufen, die Unterrichtsstandards in den Schulen erneut zu überprüfen, in denen Englisch Unterrichtssprache ist. Befürchtet wird, dass damit noch mehr Schulen veranlasst werden sollen, Chinesisch (Kantonesisch) als Unterrichtssprache zu nehmen. Eine erste Überprüfung in Sekundarschulen war Mitte der 90er Jahre über drei Jahre in den über 400 Schulen der Sekundarstufe durchgeführt worden. Nach der Verabschiedung einer neuen Politik zur Unterrichtssprache (medium-of-instruction policy) mussten dann 300 Schulen auf Chinesisch wechseln, da sie die

drei Grundbedingungen nicht erfüllten: ausreichende englische Sprachfähigkeit der Schüler, um dem Unterricht folgen zu können; ausreichende Sprechfähigkeit der Lehrer; adäquate Lehrmittel. Die erneute Prüfung der 112 Schulen, die noch auf Englisch unterrichten, soll nun nach Meinung der Kritiker weitere Schulen zum Wechsel veranlassen. Die Schulbehörde hält dem entgegen, dass die Prüfung auch umgekehrt dazu führen könne, dass Schulen ihre Befähigung nachwiesen und wieder auf Englisch als Unterrichtssprache wechselten. (SCMP, 19.8.04)

Die Verunsicherung ist nicht nur vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Annäherung an die Volksrepublik China zu sehen, die Frage des Englischunterrichts hängt auch mit den Befürchtungen zusammen, Hongkong könne seine komparativen Vorteile in der Weltwirtschaft verlieren, zu der auch die englische Sprachfähigkeit gehört. Entsprechende Sorgen werden seit langem geäußert. So berichtete z.B. der *Guardian* am 24.1.02 von einer Umfrage unter 600 Personalmanagern, die mangelndes Englisch zum meist verbreiteten Defizit in allen Industriesektoren erklärten. Damit einher ging das Ergebnis einer Regierungsstudie, wonach 80% der 11-Jährigen nicht in der Lage waren, Englischtests für 9-Jährige zu bestehen, zwei Drittel noch nicht einmal Test für 6-Jährige. Die grundlegende Ursache dafür wurde in den abnehmenden Sprachfertigkeiten der Englischlehrer gesehen. Von den 9.000 Grundschullehrern sei kaum die Hälfte ausreichend ausgebildet. Kontrovers beurteilt wurde dementsprechend die Trennung der Sekundarschulen in 70% mit Kantonesisch und der Minderheit mit Englisch als Unterrichtssprache. Die Regierung versuchte der Kritik durch die Rekrutierung von qualifizierten Englischlehrern aus dem Ausland für alle Sekundarschulen zu begegnen (Native English Teacher Scheme) sowie durch die Einführung verpflichtender zentraler Abschlusstests ab September 2002. (*Guardian* online, 21.1.02)

Bei einem Test ihrer englischen Fähigkeiten Anfang 2004 konnten allerdings von 3.307 teilnehmenden Englischlehrern nur 34% den Hör- und Schreibtest, 45% den mündlichen Test und

63% den Lesetest bestehen. Insofern bleibt die Verbesserung der Sprachkapazitäten von Englischlehrern ein wichtiges Thema der Hongkonger Bildungspolitik. Das Standing Committee on Language Education and Research (SCOLAR) hat im März ein Extraprogramm zur Förderung entsprechender Weiterbildung von Lehrern aufgelegt. (WSJ, 10.6.04; XNA, 12.3.04) -gs-

31 Grenzüberschreitende Umweltverschmutzung

Am 27. August wurde eine Studie der Chinese University of Hong Kong (CUHK) vorgestellt, die den Ursachen für das im Vergleich zum Festland häufigere Auftreten von Asthma bei Hongkonger Kindern nachging. Während in den Städten Festlandchinas nur 2-4% der Kinder im Alter von 13 bis 14 Jahren unter Asthma leiden, sind dies in Hongkong über 10%. Untersucht wurden 10.902 Kinder im Alter von 10 Jahren in drei chinesischen Städten: Hongkong, Beijing und Guangzhou. Als Ursache wurden drei Besonderheiten in Hongkong analysiert: das Kochen mit Gas, das Benutzen von Schaumkissen (statt Baumwolle oder Leinen) und die feuchten Wohnbedingungen. Empfohlen wurde daher von den CUHK-Medizinern eine Änderung der Lebensgewohnheiten, z.B. mehr Ventilation in den Wohnungen und der verstärkte Konsum von Obst und Gemüse.

Diese Untersuchung ist auch daher interessant, weil sie Guangzhou einbezogen hat, wird doch ein Großteil der Umweltverschmutzung in Hongkong durch die Industrie in der Provinz Guangdong verursacht, wie ein Regierungsbeamter am gleichen Tag im Hongkonger Radio RTHK erklärte. Danach sei die Luftverschmutzung zu 80% durch Emissionen im Perlflossdelta bedingt. Verantwortlich seien, so berichten auch andere Medien, die boomende Industrie, der auf Energiemängel zurückzuführende hauptsächliche Einsatz von Kohle sowie die steigende Zahl der Autos.

Und die Verschmutzung wird stärker. Wurde im Jahre 2002 noch in nur 262 Stunden im Jahr ein sehr hoher Verschmutzungsgrad der Luft gemessen, so waren es 2003 schon 602 Stunden.

Nach einer anderen Untersuchung aus dem Jahre 2002 könnten die Emissionen bis 2015 noch um 36-75% zunehmen. Immer wieder verschwindet bei ungünstigen Wetterlagen die Hongkonger Skyline im Smog. Die Weltbank fand heraus, dass die Region nur über eine Kapazität verfüge, um gerade mal 28% der Abwässer zu reinigen.

Problematisch ist, dass es aufgrund der unterschiedlichen Regierungssysteme bisher nicht zu grenzübergreifenden Lösungen für das Verschmutzungsproblem gekommen ist. Nicht nur, dass die Behörden in den Boomstädten wie Shenzhen das Problem als zunächst zweitrangig ansehen, auch sind die Messstandards in China und Hongkong unterschiedlich und die gewonnenen Daten daher nicht vergleichbar. (FT, 13.8.04; ST, 20.8.04; XNA, 27.8.04; WSJ, 27.8.04) -gs-

SVR Macau

32 Edmund Ho als Regierungschef wieder gewählt

Edmund Ho wurde am 29. August mit 296 von 299 Stimmen als Regierungschef der SVR Macau wieder gewählt. (1999 hatte er 163 von 199 Stimmen erhalten.) Der einzige Kandidat für das Amt wurde in anonymer Wahl gewählt; die Wahl fand im Macau Tower statt. Der Vorsitzende des Komitees für die Angelegenheiten der Regierungschefwahl (KAR), Jose Chu, gab das Ergebnis bekannt. Ein Mitglied des 300-köpfigen Wahlkomitees war verweist, und drei Mitglieder gaben leere Wahlscheine ab. 151 Stimmen hätten für Hos Wiederwahl gereicht. Für seine Bewerbung um das Amt hatte er im Juli 297 Stimmen erhalten. Da ein Kandidat die Unterstützung von mindestens 50 Mitgliedern des Wahlkomitees benötigt, gab es keinen Konkurrenten. Die Wahl war die erste unter dem neuen Gesetz für die Wahl des Regierungschefs, das im April verabschiedet wurde. Das Gesetz erweiterte die Zahl der Mitglieder des Wahlkomitees von 200 (1999) auf 300. Das Komitee repräsentiert die vier Hauptsektoren der Gesellschaft in Macau. Nach dem Wahlgesetz musste

das Ergebnis der jetzigen Wahl noch von einem speziellen Gremium unter dem KAR überprüft und von Macaus Oberstem Berufungsgericht bestätigt werden.

Stanley Au Chong-kit (Edmund Hos Konkurrent bei den Wahlen 1999), Mitglied der Legislativversammlung, hatte sich wegen einer Auslandsreise entschuldigen lassen. Von den drei Enthaltungen dürfte eine auf den Demokratieaktivisten Ng Kuok-cheong entfallen, ebenfalls ein Mitglied der Legislativversammlung. Ho habe die Wahl gewonnen, so Ng, weil er Überbrückungsmaßnahmen ergriffen habe, um die benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft zu besänftigen. Er habe es geschickt verstanden, die Leistung der Regierung von seinem eigenen Image zu trennen. „Wenn in den Sitzungen der Legislativversammlung ein Regierungsbeamter heruntergeputzt wird, schließt sich Herr Ho der Kritik an, als ob er nicht verantwortlich sei. Dabei hat doch der Regierungschef persönlich viele dieser Beamten ernannt.“

Mit einem Staatsraterlass des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao vom 1. September erfolgte dann die offizielle Ernennung Edmund Hos. Wen Jiabao war auf der Plenarsitzung des Staatsrats voll des Lobes über den neuen alten Regierungschef. Mit der Unterstützung der Zentralregierung habe Ho in einer aktiven und praktischen Art eine sozioökonomische Politik ausgearbeitet. Er habe beständig verschiedenste Reformen vorangetrieben, die soziale Sicherheit enorm verbessert sowie Macaus Zusammenarbeit mit dem Festland und seine internationale Kommunikation gestärkt. Unter seiner Führung habe Macau gesellschaftliche Stabilität, ein sicheres und angenehmes Leben für seine Bürger und eine nachhaltige, schnelle Wirtschaftsentwicklung realisiert.

Der Ex-Bankier wird seine zweite (fünfjährige) Amtszeit am 20. Dezember beginnen. Auch seine Regierungsmannschaft (es gibt fünf Minister) wird sich nicht wesentlich ändern. Auf der Pressekonferenz nach der Wahl verkündete Edmund Ho: „Die ganze Regierungsmannschaft der SVR ist geschlossen und hat im gemeinsamen Denken Erfolge erzielt.“